



Pressemitteilung HateAid gmbH

250 Frauen übergeben über 336.000 Unterschriften gegen männliche Gewalt

Mehr als 336.000 Menschen unterzeichneten eine Petition „In Solidarität mit Collien Fernandes: 10 Forderungen an die Bundesregierung“. Die Petition wurde heute vor dem Reichstag offiziell übergeben. Die Unterzeichner*innen fordern eine nationale Strategie gegen männliche und digitale Gewalt. Anlass ist der öffentliche Bericht von Collien Fernandes im März über die ihr widerfahrene Gewalt, der bundesweite Demonstrationen und eine wochenlange gesellschaftliche Debatte ausgelöst hatte.

Berlin, 24. Juni 2026

Die HateAid-Geschäftsführerinnen Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon übergaben gemeinsam mit Initiatorinnen Kristina Lunz und Düzen Tekkal und anderen Unterzeichnerinnen heute eine Petition mit über 336.000 Unterschriften an die Fraktionsspitzen und frauenpolitischen Sprecherinnen von SPD, Grünen und Linken. Die Botschaft ist laut: Frauen werden täglich digital missbraucht und belästigt. Und digitale Gewalt überträgt sich immer wieder auch in die analoge Welt. Wenn gewählte Politiker*innen weiter wegschauen und untätig bleiben, machen sie sich mitschuldig, so die HateAid-Geschäftsführerinnen.

Gemeinsam mit 250 Frauen aus Politik, Wirtschaft und Kultur gehören die Geschäftsführerinnen von HateAid zu den Erstunterzeichnerinnen für einen Aufruf, der sich gegen männliche und digitale Gewalt ausspricht. Im ganzen Land gingen Menschen auf die Straße, der Protest hielt sich über Wochen in den Medien und sozialen Netzwerken und entfachte eine gesellschaftliche und politische Debatte.

Dazu Anna-Lena von Hodenberg, HateAid-Geschäftsführerin:

„Die Debatte allein schützt niemanden. Big Tech macht Geld mit der Verletzung von Intimität und Selbstbestimmung von Frauen. Es ist Teil des Geschäftsmodells von Nudify-Apps, Pornoplattformen, Chat-Bots wie Grok oder Suchmaschinen. Hier müssen wir ansetzen. Niemand sollte mehr Profit mit digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen machen dürfen.“

Dazu HateAid-Geschäftsführerin Josephine Ballon:

„Frauen werden in Deutschland nicht genügend geschützt. Gewalt, egal in welcher Form, wird zu oft nicht ernst genommen. Die Politik schützt damit faktisch Täter und lässt Opfer im Stich, das ist nicht hinnehmbar.“

Digitale Gewalt ist die Spitze des Eisbergs und kann schnell in analoge Gewalt umschlagen. Seit der Gründung von HateAid haben sich über 9.000 Menschen bei der hauseigenen Betroffenenberatung gemeldet. Aktuell bekommt HateAid, nach Stand April 2026, circa 250 Unterstützungsanfragen im Monat. Der Jahresbericht 2025 der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz spricht von einem alarmierenden



Anstieg rassistischer, anti-LGBTQIA+ und anderer Formen digitaler Gewalt. Entsprechende Gesetze müssen verabschiedet und juristische Grauzonen ausgearbeitet werden. Die Unterschriften wurden über eine WeAct-Petition von Campact gesammelt. Unter den Unterzeichnerinnen befinden sich auch die Schauspielerinnen Jella Haase und Annette Frier, die Sängerin Nina Chuba, Comedian Hazel Brugger und Model Stefanie Giesinger. Auch Aktivistin Luisa Neubauer und Moderatorin Lola Weippert gehört dazu.

Die Bevölkerung steht klar hinter härteren Maßnahmen: Laut einer repräsentativen Civey-Umfrage im Auftrag von HateAid sprechen sich 79,4 Prozent der Befragten für eine strafrechtliche Ahndung der Erstellung und Verbreitung KI-generierter Bilder ohne Einwilligung der Betroffenen aus. 88,7 Prozent fordern ein Verbot für Anbieter, mit nicht einvernehmlichen sexualisierten Deepfakes Geld verdienen.

Unsere Forderungen:

1. Strafbarkeit von Erstellung und Verbreitung sexualisierter Deepfakes sowie konsequente Plattformregulierung:

Strafbarkeit von Herstellung und Verbreitung nicht-einvernehmlicher sexualisierter Deepfakes; Verbot von Nudify-Apps, sowie Entfernung von Face-Swap Apps, mit denen nicht einvernehmliche sexualisierte Deepfakes hergestellt werden können, aus App Stores; konsequente und zügige Durchsetzung bestehender EU-Regulierung (insbesondere Digital Services Act und AI Act); Ausbau von Beratungsstellen sowie Prävention und Aufklärung, insbesondere an Schulen.

2. Einführung eines digitalen Gewaltschutzgesetzes mit wirksamen Betroffenenrechten:

Rechtsansprüche auf schnelle Löschung, Auskunft gegenüber Plattformen, Identifizierung der Täter sowie Schadensersatz und Accountsperrung. Schließung bestehender Strafverfolgungslücken.

3. Klare Regulierungspflichten für Plattformen:

Verpflichtung zur schnellen Entfernung sexualisierter Deepfakes, Transparenzpflichten und Sanktionen bei Untätigkeit. Konsequente Durchsetzung der Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Gewalt im Rahmen der Bewertung und Minimierung von Risiken.

Über HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon.

HateAid ist Trägerin der Theodor-Heuss-Medaille 2023, des Rothenburger Preises für Erinnerung und Zukunft, des Wertepreises für Demokratie der Werte-Stiftung, des For..Net Awards der Technischen Universität München und des Günter-Wallraff-Preises für Pressefreiheit und Menschenrechte 2026. 2025 nahm Anna-Lena von Hodenberg stellvertretend für die NGO das Bundesverdienstkreuz entgegen.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org